

BlattGRÜN

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhausen

AUSGABE 01/16



KLIMASCHUTZ & ERNEUERBARE ENERGIE

GEFLÜCHTETE
Sozialer
Wohnungsbau

NACHGEFRAGT
bei Dezernentin
Sabine Lauxen

FAMILIE
Randzeiten-
betreuung

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
OBERHAUSEN



WILLKOMMEN IN UNSEREM LAND



Fotos: Erik Marquardt



Liebe Leserinnen und Leser,

die zweite BlattGRÜN-Ausgabe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Klimaschutz sowie Erneuerbaren Energien – also ur-grünen Themen. Mit den Beiträgen wollen wir vermitteln, dass auch globale Themen letztlich regional und somit vor Ort umgesetzt werden können und müssen.

Aber auch familienpolitische Fragen liegen uns weiterhin am Herzen. An die anstehende Einführung des sogenannten KiTa-Navigators reihten sich unsere Bemühungen zunächst um eine Bedarfsermittlung und daraufhin gegebenenfalls um eine Einführung von Randzeitenbetreuung in Kindertageseinrichtungen in Oberhausen an. Wir wollen damit kommunal die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Hintergrundinformationen dazu finden sich auf Seite 4.

Ferner haben wir GRÜNE uns weitergehende Vorgehensweisen zum sozialen Wohnungsbau erarbeitet. Darüber be-

richtet in dieser Ausgabe unsere Fraktionssprecherin Regina Wittmann, die ebenfalls in der Rubrik „hautnah“ ihren Antrieb für die Arbeit in der kommunalen Politik näher vorstellt.

Leider ist es aufgrund des Redaktionsschlusses nicht möglich, auf einer der folgenden Seiten über die zweite GRÜNE Stunde – einem Veranstaltungsformat der GRÜNEN Ratsfraktion – zu berichten. Diese fand am 3. Februar zum Bildungsplan 2016 – 2020 statt. Ich habe es mir aber nicht nehmen lassen, ein Plädoyer für die Gründung einer Sekundarschule in Oberhausen zu verfassen. Immerhin haben bei einer Elternbefragung 2015 in Oberhausen ein Drittel der Befragten Interesse an dieser Schulform zum Ausdruck gebracht. Die Oberhausener GRÜNEN werben seit Jahren für diese Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens.

Nicht zuletzt möchte ich Sie auf zwei Veranstaltungen aufmerksam machen:

So lädt am 22. Februar unser Kreisverband zu einem Fachgespräch ein. Thema werden die „Erneuerbaren Energien“ sein. Die Veranstaltung findet im AWO-

Treff, Elsässer Straße 17-19, statt. Beginn ist um 19 Uhr.

Außerdem konnten wir den Herausgeber des Buches „Kampf um die Armut“, Dr. Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, und den Koautor Prof. Dr. Stefan Sell für eine Lesung gewinnen.

Diese findet am 17. Mai um 19 Uhr im Gdanska, Altmarkt 3, statt. Zu beiden Veranstaltungen laden wir Sie herzlich ein.

Mit besten Grüßen



Andreas Blanke



Foto: Armin Röpell

3 editorial

4 aus der fraktion

Sekundarschule, Randzeitenbetreuung, BzV Sterkrade, sozialer Wohnungsbau

6 klimaschutz

Die Welt ringt ums Klima

7 hautnah

Regina Wittmann

8 rückspiegel

GRÜNE Stunde, Besuch von Sylvia Löhrmann

9 nachgefragt

bei Dezernentin Sabine Lauxen

10 kreisverband

Erneuerbare Energien





2011 wurde das 6. Schulrechtsänderungsgesetz (Schulkonsens) im Düsseldorfer Landtag beschlossen. Der „Schulkonsens“ verankert die Sekundarschule neben den anderen bereits bestehenden Schulformen der Sekundarstufe I und II (Gymnasium, Realschule und Gesamtschule) somit im Schulgesetz. Die Sekundarschule trägt aus unserer Sicht dazu bei, langfristig ein attraktives, gerechtes, leistungsfähiges, umfassendes und wohnortnahes Schulangebot zu gewährleisten. Sie bereitet die Schüler*innen sowohl auf die berufliche Ausbildung als auch auf die Hochschulreife vor. Der Unterricht bietet von Anfang an gymnasiale Standards.

Wesentliches Alleinstellungsmerkmal der Sekundarschule ist, dass die Kinder und Jugendlichen mindestens in den

Mit der Sekundarschule und der Gesamtschule gibt es in Nordrhein-Westfalen jetzt zwei Schulformen des längeren gemeinsamen Lernens. Das entspricht dem Wunsch vieler Eltern, die die Bildungswege ihrer Kinder länger offen halten wollen. Dies hat auch eine Elternbefragung in Oberhausen ergeben. Ein Drittel der Befragten haben dabei ihr Interesse an dieser

SEKUNDARSCHULE

Klassen fünf und sechs gemeinsam lernen. Ab dem siebten Jahrgang kann der Unterricht auf der Grundlage eines Beschlusses des Schulträgers integriert, teiltintegriert oder in mindestens zwei getrennten Bildungsgängen (kooperativ) erfolgen. Auch wenn sie über keine eigene Oberstufe verfügt, geht sie aber mindestens eine verbindliche Kooperation mit der Oberstufe eines Gymnasiums oder einer Gesamtschule ein. Damit ist sichergestellt, dass Eltern bei der Anmeldung genau wissen, wo ihr Kind das Abitur machen kann.

Schulform zum Ausdruck gebracht. Wir sind in Oberhausen mit dem Auslaufen der Hauptschulen einen wichtigen Schritt in Richtung einer zeitgemäßen Schullandschaft gegangen. Wir setzen uns deshalb nachdrücklich für die Gründung einer Sekundarschule auf Oberhausener Stadtgebiet ein, denn nur wenn Schülerinnen und Schüler gemeinsam länger lernen, können sich die Fähigkeiten einzelner optimal entwickeln und vorhandene Schwächen aufgefangen werden.

Andreas Blanke

RANDZEITENBETREUUNG

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in den vergangenen Jahren insbesondere für viele Paare, aber vor allem für alleinerziehende Mütter und Väter zu einem Kriterium bei der Arbeitsplatz- und Wohnortsuche geworden. Oftmals korrespondieren die Öffnungszeiten der KiTas nur unzureichend mit den Arbeitszeiten der Eltern (z. B. bei Schichtarbeit), so dass das gebuchte Stundenkontingent von 25, 35 oder 45 Stunden pro Woche an sich ausreichend wäre, eine umfassende Betreuung des Kindes während der Arbeitszeit aber aufgrund der starren KiTa-Öffnungszeiten trotzdem nicht möglich ist. Will Oberhausen weiterhin attraktiv bleiben, muss den „weichen Standortfaktoren“ viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dazu gehört nach unserer Ansicht auch die Einführung der so genannten Randzeitenbetreuung.

Dabei wollen wir Augenmerk darauf legen, dass Kinder nicht zu Spielbällen von Zwängen und Unwägbarkeiten werden, wie es die jeweilige Tagesplanung der Eltern erfordert. Deshalb muss vollkommen klar sein, dass auf solch ein Angebot nur bei einem nachweisbaren Bedarf zugegriffen werden kann. Die Randzeitenbetreuung muss in ein pädagogisches Konzept passen. Eine „Taubenschlagpädagogik“ lehnen wir dabei entschieden ab.

Idealerweise muss sich innerhalb der KiTa eine eigene Gruppe bilden können. Ziel ist es - dass bei entsprechendem Bedarf - in den drei Stadtteilen so genannte Schwerpunkt-KiTas ein solches Randzeitenangebot bereitstellen. Im Idealfall sollen dann mit der Einführung des KiTa-Navigators (Ende 2016) Eltern online sehen können, welche Einrich-

tung eine entsprechende Randzeitenbetreuung anbietet.

Wir sehen kein Risiko, das mit der Einführung einer Randzeitenbetreuung automatisch ein Anstieg der Kosten und damit eine Steigerung bei den Elternbeiträgen verbunden ist, da es ja nicht zu einer Ausweitung der Stundenkontingente kommt – lediglich zu einer Verschiebung der Betreuungszeiten. Außerdem wollen Land und Bund erfreulicherweise die Randzeitenbetreuung fördern und mit Zuschüssen somit mitfinanzieren.

Zunächst wollen wir den tatsächlichen Bedarf der Eltern mittels Befragung noch vor den Sommerferien durch den Kinderpädagogischen Dienst der Stadt ermitteln lassen. Hierzu werden alle Eltern befragt, die Kinder im Alter zwischen 0 und 5 Jahren haben – also auch die Eltern, deren Kinder bereits eine KiTa besuchen. Bei entsprechendem Bedarf erfolgt dann die Umsetzung zum Kindergartenjahr 2017/2018. (ab)

BAHNHOF STERKRADE

Nachdem die Sterkrader Innenstadt beziehungsweise Einkaufsstraße in den letzten Jahren durch den Bau des Hirsch-Centers und des Sterkrader Tors mit Wegzug der Sparkasse erheblich an Kaufkraft verloren hat, wird sie nun durch verschiedene Bauprojekte wiederbelebt. Das sichtbarste Zeichen ist an der zentralen Kreuzung Sterkrades der Abriss des Kaiser und Ganz-Hauses. An dieser Stelle wird neben einer geplanten Geschäftspassage bezahlbarer Wohnraum in ansprechender Weise errichtet. Des Weiteren sind auch die Umbaumaßnahmen des Stadthauses in vollem Gange. In der Bezirksvertretung Sterkrade am 3. Dezember des letzten Jahres wurde nun

das Ergebnis des Wettbewerbs zur Neugestaltung und zum Umbau des Bahnhofs Sterkrade vorgestellt und von der Planungsdezernentin Sabine Lauxen erläutert. Innerhalb der Baumaßnahmen zur Betuwe-Linie schlug die Bahn zunächst nur eine Minimallösung vor. Im Rahmen eines Wettbewerbs wurden drei Entwürfe vorgestellt, wobei sich die Jury aus Sterkrade sich recht schnell auf einen Entwurf einigte. Auch die anderen Beiträge enthielten gute Ideen, die in einem Entwurf zusammengefasst werden sollen. Der ausgewählte Entwurf weitet den relativ niedrigen Tunnel an beiden Eingängen auf, so dass der eigentliche



Durchgang hell und freundlich wirkt, was durch eine Lichtinstallation noch verstärkt wird. Für diese Umsetzung haben wir GRÜNEN uns in der Bezirksvertretung Sterkrade insbesondere ausgesprochen. Ebenso wird für den Park und Ride-Verkehr ein Parkhaus geplant sowie für Fahrräder geeignete Unterstellmöglichkeiten. *Birgit Axt*

SOZIALER WOHNUNGSBAU

Mit dem deutschen Beitrag auf der diesjährigen Architekturbiennale in Venedig präsentiert das Deutsche Architekturmuseum (DAM) das hochaktuelle Thema „Making Heimat. Germany, Arrival Country“. U.a. mit Bauten, die derzeit in Deutschland für Flüchtlinge und Migrant*innen erstellt werden, wird dabei gezeigt, welchen Beitrag Architektur und Städtebau bei der Integration leisten kann. Hier wird deutlich, dass das Ringen um finanzierbare und schnelle Lösungen weder einen Anspruch auf Qualität noch kreative Ansätze ausschließt.

In Oberhausen werden wir uns von diesen Ansätzen inspirieren lassen – sowohl für die Planung temporärer Bauten als auch für die mittel- und langfristigen Lösungen, die auch für die Unterbringung Geflüchteter dringend benötigt werden. Einen Schritt in diese Richtung gelang mit einem von den GRÜNEN in die Koalition eingebrachten Prüfantrag für den kommunalen Wohnungsbau, der am 14. Dezember

2015 im Rat in leicht geänderter Form einstimmig beschlossen wurde.

Dabei besteht ein dringender Bedarf an gutem, bezahlbarem Wohnraum nicht nur für Geflüchtete, sondern für viele auf dem Oberhausener Wohnungsmarkt benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Das Gutachten „Wohnen in Oberhausen 2012“ zeigte bereits einen zusätzlichen Bedarf an neuen Wohnungen. Die Zuwanderung von geflüchteten Menschen stellt nun eine weitere Herausforderung dar. Daher wird nun geprüft, wie sich der aktuelle Bedarf gestaltet. Ferner soll der Bedarf an sozial gefördertem Wohnraum für die nächsten fünf Jahre dargestellt werden, denn bisher geht dieser, dem bundesweiten Trend entsprechend, kontinuierlich zurück. Zwischen 2005 und 2014 halbierte sich die Zahl fast von 15.487 auf 8.482. Wenn wir angemessenen, bezahlbaren Wohnraum in integrierten Lagen anbieten wollen und gleichzeitig nicht durch Neubau auf der „grünen Wiese“ an anderer Stelle neuen Leerstand verursa-

chen und Schieflagen verstärken wollen, muss dringend gegengesteuert werden. Der Antrag sieht vor, dass in der Breite alle Potenziale für den sozialgeforderten Wohnungsbau aufgezeigt werden. Wir sehen hier einen Schwerpunkt in der Aktivierung von leerstehenden Bauten bzw. Ersatzneubau in den Quartieren sowie im Geschosswohnungsbau. Die Grundsätze einer sozial ausgewogenen und nachhaltigen Stadtentwicklung müssen dabei weiterhin beachtet werden. Angesichts dieses Handlungsdrucks muss die Stadt stärker als bisher und mit Hinblick auf langfristige Perspektiven die Zusammenarbeit mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Investoren suchen. Denn nicht zuletzt besteht die Frage, wer den benötigten Wohnraum auf bereitstehenden Flächen letztlich bebauen kann. Die Verwaltung prüft daher, ob es Sinn macht, dass die Stadt Oberhausen wieder eine eigene kommunale gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft gründet. Die Zielsetzung für uns GRÜNE ist dezentrale und kleinteilige Projekte für diverse Zielgruppen zu unterstützen und damit einer Ghettoisierung und einem Flächenfraß entgegenzuwirken. *(rw)*



Auf der letzten Weltklimakonferenz in Paris einigte sich die Weltgemeinschaft völkerrechtlich verbindlich auf das Ziel, die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen. Das Abkommen legt zudem fest, dass die Welt in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts treibhausgasneutral werden muss. Die meisten Reaktionen auf die Ergebnisse der Konferenz, die vom 30. November bis 12. Dezember des vergangenen Jahres stattfand, bezeichneten diese als Durchbruch.

Unsere Oberhausener Bundestagsabgeordnete Bärbel Höhn (Foto) kann in den Pariser Ergebnissen solch eine tatsächliche Durchschlagskraft nicht erkennen. „Ich persönlich glaube nicht, dass solche Verträge allein den Durchbruch bringen. Entscheidend ist das Engagement der Akteur*innen vor Ort. Aber das Signal von Paris an die Welt ist sehr positiv.“ Bärbel Höhn beurteilt anhand zweier Punkte die Pariser Konferenz besser als die vorherigen. Erstens hätten alle Staaten erkannt, dass etwas gegen den Klimawandel unternommen werden muss. Das geht aus den vorgesehenen Selbstverpflichtungen der Länder im neuen Abkommen hervor. Zweitens, so Höhn, stellen die Erneuerbaren Energien eine Alternative zur Kohle dar. Doch der Weg zum Verzicht auf Kohlekraftwerke erweist sich als steinig. „Wenn man gegen die Braunkohle vorgehen will, wie das der Bundeswirtschaftsminister ja sogar vorhatte mit der Kohleabgabe jetzt

Die Welt ringt ums Klima Macht Oberhausen mit?

im Sommer, dann geht die IG BCE auf die Straße, die CDU unterstützt die Braunkohle-Kumpels und dann wird aus dieser Kohleabgabe plötzlich eine Subventionierung der Braunkohle. Das ist schon in Deutschland eine ganz verrückte Welt. Wir waren ja mal Vorreiter und jetzt gibt es einen richtigen Streit darum“, erklärte Höhn in einem Interview gegenüber dem Deutschlandfunk.

Wendet sich der Blick von der globalen auf die kommunale Ebene, sieht Klimaschutz in Oberhausen heiter bis wolkig aus. Im September 2013 beschloss der Rat der Stadt die Umsetzung des Klimaschutz- und Wärmenutzungskonzeptes für Oberhausen. Das Konzept - erstellt vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie - enthält einen Aufgabenkatalog, in dem Maßnahmen beschrieben werden, deren Umsetzung in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung sowie bei der Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) erfolgen muss.

Mit dem neuen Fachbereich Klimaschutz, Ressourcenschutz und Abfallwirtschaft hat die Verwaltung die Voraussetzungen hierfür geschaffen. Durch zwei neu eingestellte Klimaschutzmanager*innen erhält das Aufgabengebiet Klimaschutz endlich eine seiner Bedeutung entsprechende zusätzliche (leider befristete) personelle Unterstützung – ein längst überfälliger Schritt. Mit der durch das Landesumweltministerium ausgezeichneten Klimaschutzsiedlung in Schmachtdorf wurde in der Stadtentwicklung schon ein erster Akzent gesetzt. Dennoch bleibt noch viel Luft nach oben.

Im Wuppertaler Bericht wird darauf hingewiesen, dass es nicht mehr ausreicht, sich an die von der Energieeinsparverordnung (EnEV) vorgegebenen Effizienzstandards zu halten: „Diese Standards werden alle zwei Jahre aktualisiert

und bedürfen daher einer regelmäßigen Anpassung. Im Jahr 2018 tritt die EU-Gebäuderichtlinie in Kraft, welche den Passivhausstandard als Mindeststandard vorschreibt. Um nicht jährlich die vereinbarten Mindeststandards anpassen zu müssen und um das Einsparpotenzial bei einer ohnehin geplanten Investition zu nutzen, wird empfohlen, dass die Stadt Oberhausen mit der OGM anspruchsvollere Energiestandards vertraglich vereinbart.“

Die OGM, zu deren Aufgabenpool das Energiemanagement gehört, ist diesem Anspruch in noch nicht ausreichendem Ausmaß nachgekommen. Daher stehen Forderungen im Raum, wie systematisch in den Gebäuden die Beleuchtung zu optimieren, beispielsweise durch den Einbau von Bewegungsmeldern oder besonders energiesparenden Leuchtmitteln. Sollten solcherlei Schritte erfolgen, feile es der OGM eventuell auch leichter, Wirtschaftlichkeitsberechnungen zu erstellen, die dokumentieren, dass sich weitreichendere Investitionen im Bereich Energiesparmaßnahmen amortisieren, vor allem bei der Dämmung alter Gebäude. Hierbei ist zu prüfen, ob ein Abriss und Ersatzneubau nicht die längerfristig wirtschaftlichere Perspektive darstellt.

Die Oberhausener GRÜNEN setzen beim Klimaschutz ausdrücklich auf die Partnerschaft mit Handwerk, Industrie, Wirtschaft und der Wissenschaft. In Oberhausen könnte sich diese zum Beispiel dadurch vertiefen, indem die etlichen Freiflächen auf den Dächern öffentlicher Gebäude der Photovoltaik zur Verfügung gestellt werden. Was Aldi & Co. vormachen, sollten Stadt und OGM doch ebenfalls gelingen. Mit einem Signal in diese Richtung erhielten die Elektro-Betriebe in unserer Stadt einen Anreiz, um sich auf Photovoltaik zu spezialisieren. (st)

Große Chance: lokal handeln

Nach wie vor befindet sich unsere Region in einem gewaltigen Strukturwandel. Und wer hätte es vor 25 Jahren für möglich gehalten, was sich seither getan hat?

Damals befand sich der kurz darauf wegrationalisierte Arbeitsplatz meines Vaters noch neben jenem Werk, das heute nicht mehr verbotene Stadt, sondern Landschaftspark ist. Dort, wo meine Großmutter neben der Zeche Sterkrade aufgewachsen ist, hat nun ein studentischer Wettbewerb faszinierende Perspektiven für eine zukünftige Nutzung aufgezeigt. Und als meine Mutter 1967 aus der niederländischen Polderlandschaft nach Sterkrade kam, sorgte sie die damals noch erhebliche Luftverschmutzung, während heute Luftreinhaltepläne eine Selbstverständlichkeit sind.

Allen Unkenrufen zum Trotz hat sich hier viel bewegt und dies regt zum Mitmachen an. Bei mir war es in den 1990er Jahren die Internationale Bauausstellung Emscher Park, die mich 2003 zurück in die Region, beruflich nach Dortmund und privat in meine Geburtsstadt Oberhausen führte. Mit dem Strukturwandel hat im Ruhrgebiet auch der Schutz der natürlichen Ressourcen und die Verbesserung der Lebensqualität eine Bedeutung erhalten, die ihr zu Zeiten der Schwerindustrie lange abgesprochen wurde. Doch bleibt es schwierig, dem Umwelt- und Klimaschutz jenen Stellenwert einzuräumen, der unserer Verantwortung gerecht wird, und an eine in Teilen verlorengegangene Planungskultur anzuknüpfen, die ganz selbstverständlich einen Qualitätsanspruch formuliert. Hier ist noch immer viel zu tun und hier finde ich bei den GRÜNEN die Ansätze, um wirklich etwas zu bewegen.

Lokal handeln - das ist dabei unsere große Chance. Selbst gestalten und mitentscheiden - dazu fordert uns unsere demokratische Grundordnung auf. Mehr

Beteiligung - diese Forderung habe ich für mich als Aufforderung zum Praxistest begriffen und bin damit bei den GRÜNEN - von Anfang an meine politische Linie - offene Türen eingelaufen. Dabei haben mich als typische Quereinsteigerin zunächst ganz konkrete Fragestellungen getrieben, die sich aus meiner Arbeit als angestellte Architektin ergaben. Auslöser war u.a. das Scheitern von Planung, ohne dass es im Vorfeld einen Austausch der Planer*innen mit den politischen Entscheider*innen gegeben und über Lösungsmöglichkeiten hätte diskutiert werden können. Unter welchen Rahmenbedingungen kommen lokale Planungsentscheidungen eigentlich zustande?

Seit Ende 2005 arbeite ich nun in der Ratsfraktion mit, seit 2009 als Stadtverordnete und seit 2014 auch in der RVR-Fraktion und bringe meinen Interessenschwerpunkt „Planung“ in die politische Meinungsbildung ein. Hauptberuflich widme ich mich als Leiterin des Architekturarchivs an der TU Dortmund der baukulturellen Überlieferung Nordrhein-Westfalens. So wunderbar sich dies mit dem Ehrenamt inhaltlich auch ergänzt, so bleibt es eine Herausforderung, beides zeitlich unter einen Hut zu bekommen.

Als Architektin habe ich gelernt, prozesshaft und in Alternativen zu denken und dabei wechsele ich auch angesichts meiner niederländischen Wurzeln gerne einmal die Perspektive. Angetreten mit dem Wunsch etwas verändern zu wollen, war die Überraschung dann groß, dass dies funktioniert. Diese Erfahrung setze ich ganz entschieden denen entgegen, die sagen: „Es ist ja sowieso nichts zu ändern und alles Jacke wie Hose.“ Es geht, auch wenn es mühsam ist, meist viel länger dauert als man denkt und es im Verhandeln unterschiedlicher Positionen Kompromisse zu finden gilt.

Seit 2009, in der politischen Verantwortung konnten wir GRÜNEN Ent-

scheidungsprozesse maßgeblich mitgestalten, mussten aber auch lernen, wie mühsam der Weg von der Idee zur Umsetzung ist. Umso kostbarer sind die Erfolge, sei es im Klimaschutz oder mit dem Gestaltungsbeirat. Dabei erfahre ich grüne Politik als große Bereicherung. Sie ermöglicht den Austausch und den Blick über den Tellerrand, macht Mut, hilft mir komplexe Realitäten aufzudröseln, liefert Hintergründe und kurze informelle Wege auf Landes- und Bundesebene.

Als Frau in einem nach wie vor männerdominierten Beruf habe ich das Frauenstatut der GRÜNEN schätzen gelernt und bin für Fragen der Gleichstellung sensibilisiert worden. Auch in der Politik bin ich häufig die einzige oder eine von wenigen Frauen unter Männern und hier wird deutlich, wieviel noch zu tun ist, auch wenn man damit immer wieder gerne aneckt.

Seit 2012, in der Rolle als Fraktionssprecherin, ist mir die gemeinsame Diskussion und Willensbildung in der Fraktion ein Anliegen, um gemeinsame Positionen zu finden, aber eben auch mitzubekommen, was die anderen antreibt. Dabei bin ich formal Ansprechperson der Fraktion, wenngleich unsere Arbeit dem grünen Selbstverständnis nach weitgehend arbeitsteilig ist. Hier motiviert mich, dass wir nur gemeinsam die vielfältigen Informationen zur Ratsarbeit verarbeiten und Einfluss auf Entscheidungen nehmen können.

*Regina Wittmann
(Fraktions-
sprecherin)*





v.l.n.r.: Andreas Blanke (stellv. Fraktionssprecher), Sebastian Girrullis (Vorstandssprecher), Dagmar Hanses MdL (rechts- und jugendpol. Sprecherin) und Lorenz Bahr (LVR-Landesrat und Leiter des Landesjugendamtes Rheinland)

Am 10. Dezember 2015 startete die GRÜNE Ratsfraktion mit ihrer neuen Veranstaltungsreihe im Oberhausener AWO-Treff. In der ersten „GRÜNEN Stunde“ wurde über das Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge diskutiert.

Die Ratsfraktion lud dazu Dagmar Hanses ein. Die rechts- und jugendpolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion stellte eingangs fest, dass das Thema dermaßen aktuell sei, dass die Oberhausener GRÜNEN damit die Ersten seien, die dazu eine Veranstaltung machten. „Dazu haben wir ganz bewusst die Akteur*innen eingeladen, die sich in Oberhausen auf verschiedenen Ebenen haupt- und ehrenamtlich um diese Kinder und Jugendlichen kümmern“, so Andreas Blanke, jugendpolitischer Sprecher der Ratsfraktion.

Steigende Zahl

Hinter der Aktualität steckt einerseits die stetig steigende Zahl von jungen Geflüchteten auch in Deutschland. Andererseits brachte die Landesregierung in der vergangenen Woche das fünfte Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes eilends auf den Weg. Hanses erklärte, dass Eile geboten war, da – neben besagte steigenden Fallzahlen – bis zum 31. Oktober 2015

GRÜNE Stunde

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

die geltenden bundesgesetzlichen Regelungen vorsahen, dass das für die Einreisenden zuständige Jugendamt für die Betreuung örtlich zuständig blieb. So betreuen sieben Jugendämter in NRW, darunter Köln, Bielefeld und Dortmund, fast 80 Prozent der unbegleiteten Minderjährigen.

Gerechtere Verteilung

Das gerade beschlossene Gesetz will dem nun entgegenwirken, indem die jungen Menschen fortan nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel, also analog zu den anderen Geflüchteten, auf die Kommunen verteilt werden. Doch nicht nur die Verteilung soll gerechter werden, auch die Kriterien nach denen sie vollzogen wird. Diesen liegt zugrunde, dass unbegleitete Minderjährige besonders verletzliche Opfer im Zuge von Flucht und Vertreibung sind. Hanses stellte eindrücklich die unterschiedlichen Gründe zur Flucht der Betroffenen dar: von Gewalt über Hunger bis zum Fehlen vertrauter Gemeinschaftsstrukturen oder einer Lebensperspektive. Manche flüchteten vor ihren eigenen Eltern. Während ihrer im Schnitt eineinhalb Jahren währenden Flucht sind die Kinder und Jugendlichen vielfach physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Nicht selten werden sie von den Eltern auf den langen Weg geschickt, weil sie die physisch Stärksten der Familie sind. Ihre Familien mussten mühselig das Geld für Schlepper zusammentragen, sodass die jungen Menschen, wenn sie denn hierzulande eintreffen, dem Druck ausgesetzt sind, ihre armen Familien zu refinanzieren.

Ballung auf engem Raum

Lorenz Bahr, LVR-Landesrat und Leiter des Landesjugendamtes Rheinland und weiterer Referent an diesem Abend,

veranschaulichte den Anwesenden die praktische Umsetzung des neu beschlossenen Gesetzes. Dabei gab er unumwunden zu, dass zunächst die Verteilung im Vordergrund stehe und Verteilungskriterien, wie unter geschlechts- und gesundheitsspezifischen Aspekten, zurzeit kaum umgesetzt werden können. Im Falle von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, die in Gruppen auf ihrem langen Weg unterwegs waren, achte man aber schon jetzt darauf, dass diese bei der Verteilung auf die Kommunen nicht auseinandergerissen werden. Ferner wies Bahr darauf hin, dass die angespannte Situation in den wenigen NRW-Kommunen, in denen sich Unbegleitete bisher konzentrieren, dazu führe, dass dort Sammelunterkünfte für die jungen Menschen eingerichtet werden. Diese Ballung auf engem Raum führe bei den ohnehin stark belasteten Jugendlichen zu weiteren Problemen. Bahr berichtete auch über den schockierenden Fall, dass mittlerweile ein dreijähriges Kind in Bochum als unbegleitet identifiziert wurde. Dagmar Hanses stellte fest, dass nicht ausgeschlossen werden könne, dass es verzweifelte Eltern gäbe, die ihren eigenen Aufenthalt gefährdet sähen und daher ihre Kinder unbegleitet ließen, damit zumindest diese in Deutschland sicher untergebracht werden.

Feststellung des Alters

Der anwesende Jugendamtsleiter der Stadt Oberhausen, Klaus Gohlke, erklärte, dass vor Ort bei der teils heiklen Feststellung des Alters der unbegleiteten Geflüchteten stets zugunsten der Betroffenen entschieden würde. Sollte nicht ganz klar sein, ob ein junger Mensch nicht doch schon 18 Jahre alt sei, würde die oder der Betroffene dennoch fürsorglich in Oberhausen in Obhut genommen. (st)

Mit der Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge machen wir einen wichtigen Schritt hin zur Integration der Menschen in unser Gesellschaftssystem: Sie können in Zukunft – wie wir alle auch – direkt einen Arzt aufsuchen und sich auf Basis des Leistungskatalogs behandeln lassen. Damit schaffen wir einen diskriminierungsfreien Zugang zu unserem medizinischen System. Niemand muss mehr zum Sozialamt, sich einen Behandlungsschein abholen, wenn er wegen einer Erkrankung zum Arzt muss.

Hinter der „Zukunftsstadt“ verbirgt sich eine spannende Aufgabe: Nämlich mit den Bürgerinnen und Bürgern an einer Zukunftsidee für unsere Stadt zu arbeiten. Dabei geht es explizit nicht um das direkt Machbare, sondern um das, was man gerne machen würde. Das ist nicht immer einfach, weil auch aktuell viel zu tun ist, aber wenn man in den Diskussionsrunden auffordert, Kreativität,

Wünsche und Hoffnungen freien Lauf zu lassen, dann kommen ganz tolle Ideen zusammen. Aus den über 500 Ideen, die wir alle gesammelt haben, wollen wir nun eine Zukunftsbild für unsere Stadt entwickeln. Wichtig ist mir dabei, dass die jungen Menschen, die ja noch viel in der Zukunft vor sich haben, dieses Bild auch teilen, und optimal wäre, wenn sie sagen: „Mensch, in dem Oberhausen 2030 möchte ich gerne leben.“

Bürger*innenbeteiligung ist für Oberhausen wichtig, weil wir gegenseitig voneinander profitieren können. Bürgerinnen und Bürger haben gute Ideen, wir in der Verwaltung haben gute Ideen und wenn wir die gleich zu Beginn eines Prozesses gemeinsam diskutieren, haben alle was davon. Nicht alles ist immer umsetzbar – das weiß jeder. Aber es geht auch nicht 100-prozentig eigene Vorstellungen durchzusetzen. Es geht um Transparenz und Vertrauen – und das schafft man, wenn man offen und ehrlich miteinander

redet. Ich tue das oft und gerne und werde das auch weiterhin tun.

2016 wird in Osterfeld und Sterkrade sicherlich unter dem Vorzeichen der **Quartiersentwicklung** stehen. Mit der Förderung des Landes werden wir in beiden Quartieren Akzente im Wohnungsbau, in der Begrünung der Zentren, bei der Entwicklung von Begegnungszentren und Jugendtreffs setzen können. Damit animieren wir auch private Investoren in den Quartieren zu investieren oder ihre Immobilien instandzusetzen. Und wir animieren den Einzelhandel, sich die Standorte genau anzuschauen und zu prüfen, ob Ansiedlungen angesichts der eingeleiteten Entwicklungen nicht sinnvoll sind.

Sabine Lauxen



Mit Schulministerin Löhrmann in der Flüchtlingsunterkunft für Frauen

Am 26. November 2015, ein Tag nach dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, besuchten die GRÜNEN mit NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann die Flüchtlingsunterkunft für Frauen in der Helmholtzstraße. Die sozialpolitische Sprecherin Steffi Opitz sowie Eva Kauenhowen, Sprecherin für Gleichstellung, wählten diese Unterkunft bewusst aus. „Wir wollen diesen Besuch zum Austausch nutzen, aber ebenso ein Zeichen setzen, wie wichtig das Bereitstellen von Schutzräumen besonders für Frauen ist“, erläutert Opitz.

Frauen und Mädchen, denen die Flucht nach Europa gelungen ist, suchen hier Schutz vor Gewalt. Etliche unter ihnen sind traumatisiert und tragen Verantwortung für ihre Kinder. „In den Unterbringungen für Geflüchtete leben sie oft auf engstem Raum, haben kaum oder gar keine Rückzugsmöglichkeiten“,

verdeutlicht Eva Kauenhowen. „Ganz im Sinne der Resolution ‚Geflüchtete Frauen und Mädchen stärken und vor Gewalt schützen‘, die der Bundesfrauenrat der GRÜNEN im Oktober verabschiedete, setzen wir uns in Oberhausen dafür ein, Gewaltschutzkonzepte zu vereinbaren.“ Mit diesen sollen klare Qualitätsstandards definiert werden, um auf die Situation vor Ort angemessen reagieren zu können. Das Haus in der Helmholtzstraße bewohnten bis vor kurzem ausschließlich geflüchtete Frauen. Aufgrund von Engpässen in der Unterbringung entschied sich die Verwaltung, auch Männer mit ihren Familien dort zwischenzeitlich unterzubringen. Mittlerweile wird die Einrichtung wieder ausschließlich von insgesamt elf, teils schwangeren Frauen sowie vier kleinen Kindern bewohnt. „Wir GRÜNE wissen um die logistischen und organisatorischen Herausforderungen, die die Verwaltung seit Monaten zu



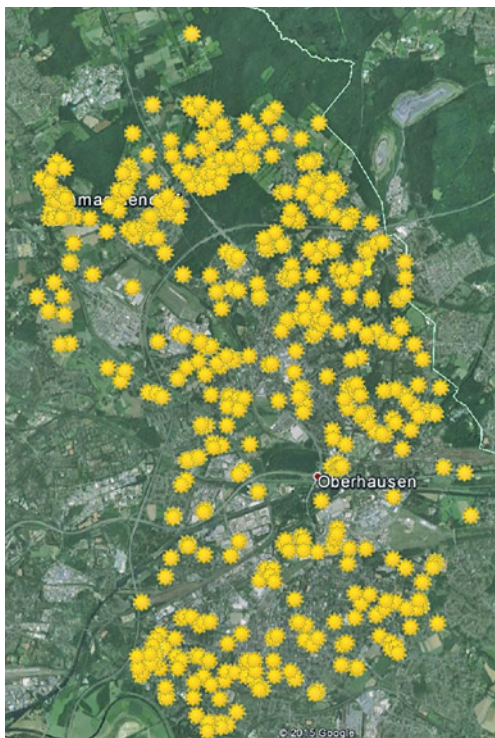
v.l.n.r.: NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann, Eva Kauenhowen (gleichstellungspol. Sprecherin) und Steffi Opitz (sozialpol. Sprecherin)

Foto: Stefanie Schadt

bewältigen hat“, versichert Steffi Opitz. „Dennoch oder vielmehr gerade deswegen wollen wir eine angemessene und vor allem menschliche Unterbringung sowie Unterstützung der Geflüchteten thematisieren und umsetzen.“ Sylvia Löhrmann informierte sich im Rahmen eines Frühstücks in der Flüchtlingsunterkunft auch bei anwesenden Teilen der zuständigen Verwaltung über den Stand in Oberhausen und stellte dabei fest: „Nordrhein-Westfalen ist seit 50 Jahren von einer erfolgreichen Integration geprägt. Genau auf dieser können wir jetzt weiter aufsetzen.“ (st)

Erneuerbare Energien in Oberhausen: Es könnte mehr sein

Ein Überblick von Norbert Axt



Betrachtet man bei Google Earth die über die Internetseite der Stadt erreichbare Karte* der Photovoltaikanlagen (PV) in Oberhausen (Abb. oben links), so scheint alles sonnig zu sein, zeigt die von der Netzagentur Amprion zur Verfügung gestellte Karte doch alle Anlagen mit zusammen circa 7000 Kilowatt Peak (kWp).

Zoomt man jedoch in diese Karte hinein, so erkennt man, dass lediglich einzelne größere Anlagen und nur vereinzelt PV-Dächer auf Privathäusern vorhanden sind; auch Schulen, Sporthallen und andere städtische Gebäude sind bis auf wenige Ausnahmen PV-frei. Solche Ausnahmen sind die Anlagen

auf den Dächern der StOAG und auf dem Technischen Rathaus in Sterkrade, die von der Energiegenossenschaft Handwerk Oberhausen betrieben wird. Bei der Gründung dieser Genossenschaft waren übrigens die GRÜNEN in Oberhausen aktiv beteiligt. Windräder und Biogasanlagen gibt es in Oberhausen nicht; über andere Erneuerbare Energie-Anlagen einen Überblick zu bekommen, ist schwer: Die evo betreibt in Sterkrade ein Biomasse-Heizkraftwerk mit Holzschnitzeln und im Neubaugebiet Rechenacker steht ein Holzpellets-Kraft-Wärme-Kopplungsanlage, die die Siedlung mit Wärme versorgt und den Strom ins Netz einspeist. Wieviel Holzpelletsheizungen in Oberhausen insgesamt stehen, ist unklar, ebenso die Anzahl der Sonnenkollektoren für Warmwasser auf Oberhausener Dächern.

Laut Auskunft der evo war 2015 in Oberhausen folgende Leistung an EEG-Anlagen installiert:

Photovoltaik: 7.396,278 kWp

Grubengas: 4.750 kWp

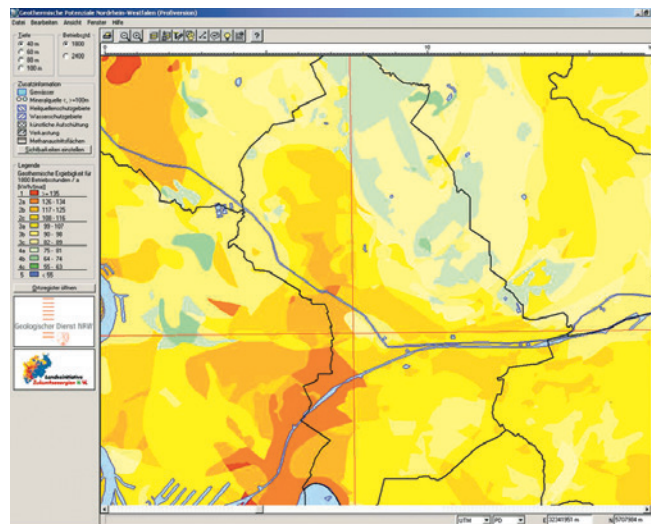
Biomasse: 3.450 kWp

Im Jahr 2015 hatten wir 44 Blockheizkraftwerke in Oberhausen mit einer gesamt installierten Leistung von 755,7 kW.

Rein formal ist auch die Müllverbrennungsanlage ein Heizkraftwerk mit Erneuerbarer Energie und liefert Ökostrom.

Wärmepumpen, die die Energie aus der Wärme aus Luft, Boden oder Grundwasser gewinnen, gibt es vor allem in Neubaugebieten.

Über ein Geothermie-Computerprogramm des Geologischen Dienstes NRW lässt sich ermitteln, ob ein Standort sich dafür eignet (Abb. oben rechts). Die Frage bleibt, wie kann man Haus-



besitzer*innen sowie Baufrauen und -herren dazu animieren, auf Erneuerbare Energien zu setzen und nicht nur auf die vermeintlich billigeren Heizungsarten? Zumal der niedrige Erdölpreis ökologisch nicht zu verantworten ist.

EINLADUNG

Windräder, die sich auf Äckern drehen und Solaranlagen, die Hausdächer schmücken – sie bilden das Fundament unserer neuen, erneuerbaren und klimafreundlichen Stromversorgung.

Wie die Planungen von Land und Bund aussehen und wie die konkrete Umsetzung in Oberhausen möglich ist, wollen wir mit **Wibke Brems MdL**, Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion für Energiepolitik und **Sabine Lauxen**, Umweltdezernentin der Stadt Oberhausen, diskutieren.

Wann?

Montag, 22. Februar 2016, 19.00 Uhr

Wo?

**Café Klatsch AWO-Treff
Elsässer Straße 17,
46045 Oberhausen**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
Tel.: 0208 - 82 85 75 51
info@gruene-oberhausen.de
www.gruene-oberhausen.de



* <http://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/verwaltung/umwelt-gesundheit-oekologische-stadtentwicklung/umwelt/energieeinsparung-regenerative-energien/solarenergie.php>



v.l.n.r.: Sebastian Girrullis (Vorstandssprecher), Eva Kauenhowen (Vorstandssprecherin), die EU-Abgeordnete Terry Reintke und Bürgermeisterin Steffi Opitz

Der GRÜNE Kreisverband lud am 24. Januar zu seinem alljährlichen Neujahrsempfang ins Zentrum Altenberg ein. Vorstandssprecherin Eva Kauenhowen, die gerade Mutter einer Tochter wurde, eröffnete den Empfang mit ihrer Rede. In dieser machte sie sich - nicht erst durch die Vorkommnisse in der Silbersternnacht - abermals für Gewaltschutzkonzepte

stark. Zudem forderte sie eine gesamtgesellschaftliche Debatte über sexualisierte Gewalt und gegen Rassismus. Die GRÜNE EU-Abgeordnete Terry Reintke reflektierte das Jahr 2015, das mit dem Terror-Anschlag auf die Redaktion des Satire-Magazin Charlie Hebdo mit Schock und Unsicherheit begann. Auch für 2016 stellte sie fest, dass Globalisierung uns

Am
GRÜNEN Stammtisch
können Mitglieder und Interessierte ohne Tagesordnung miteinander diskutieren. Der Stammtisch findet am **ersten Donnerstag des Monats** (auch an Feiertagen und während der Schulferien) ab **19 Uhr** im **GDANSKA** am Altmarkt 3 statt.
Keine Anmeldung
- einfach **vorbeikommen!**
Die nächsten Termine:
3. März, 7. April,
5. Mai, 2. Juni

alle anginge und mit Mut und Sachverstand Entscheidungen zu treffen seien. Die GRÜNE Bürgermeisterin Steffi Opitz setzte in ihrer Rede den Fokus auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und das dieses Bestreben noch immer belächelt wird. „Umso wichtiger ist es für uns GRÜNE, eine geschlechtergerechte Gesellschaft mitzugestalten.“

Impressum

BlattGRÜN – Magazin
der Oberhausener GRÜNEN
Ausgabe 01/2016

Herausgeber:
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen, Elsässer Straße 19,
46045 Oberhausen, S. 1, 3-9
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband
Oberhausen, Paul-Reusch-Str. 26,
46045 Oberhausen, S. 2, 10-12

V.i.S.d.P.:
Stefanie Schadt (st)

Redaktion:
Andreas Blanke (ab), Birgit Axt (ba),
Norbert Axt (na), Regina Wittmann (rw)

Kontakt Redaktion:
E-Mail: fraktion@gruene-oberhausen.de
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste
in Oberhausen
Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen
Tel.: 0208.82 02 96
Fax : 0208.82 02 9-80

Druck:
45.000 Exemplare,
Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH,
Zülpicher Straße 10, 40196 Düsseldorf,
auf 100 % Recycling-Papier, CO₂-zertifiziert

Print compensated
Id-No. 1550379
www.bvdm-online.de



Ich möchte Mitglied werden.



Ich möchte unverbindliche Infos erhalten.

Name, Vorname

Straße/Hausnummer

Plz/Ort

E-Mail

Einfach ausschneiden und an
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Paul-Reusch-Straße 26, 46045 Oberhausen

oder eine E-Mail an vorstand@gruene-oberhausen.de senden



GRÜNE STUNDE

Dr. Ulrich Schneider & Prof. Dr. Stefan Sell

lesen am Dienstag, 17.05.2016, aus dem Buch "Kampf um die Armut" im Oberhauser Gdanska (Altmarkt 3) ab 19 Uhr vor.



Lesung